

Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen¹

Der Sammelband *Souveränitäten. Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen* geht aktuellen Fragen kritischer Staatsanalyse in gegenwartsdiagnostischer und historisch orientierter Perspektive nach. Die Frage nach der „Gültigkeit der kritischen Staatstheorien“ (7) im Angesicht der Transformation der außerökonomischen Zwangsgewalt in Zeiten der sog. Globalisierung stellt hierbei den Ausgangspunkt dar. Mit J. Hirsch und S. Sassen postulieren die Hrsg. auf der einen Seite einen Wandlungsprozess staatlicher Formen von Herrschaft, der aber mitnichten mit ihrem Verschwinden gleichzusetzen sei, auf der anderen Seite fokussieren sie im Anschluss an den französischen Philosophen G. Deleuze die „Ablösung der Disziplinargesellschaften durch Kontrollgesellschaften“ (9), die das flexibel zugerichtete Subjekt als Unternehmer seines Selbst anruft. Der Sammelband versucht, was die Heterogenität der einzelnen Beiträge begründet und rechtfertigt, die Schnittstelle zwischen beiden Perspektiven auszuloten, da die Staatsmaschine als eine „Macht“ begriffen wird, die nicht zuletzt qua (symbolischer) Gewalt, „unter die Haut geht und gefügige, also verwertbare Körper schafft“ (10). Es geht dem eigenen Anspruch nach folglich sowohl um die Maschine als auch um die mit ihr konfrontierten Menschen, wobei vor allem „der Zusammenhang der Souveränität der Staaten nach Innen und Außen sowie die Konstituierung staatlicher Souveränität in den Subjekten“ (8) die Hrsg. interessiert und zwar in praktischer Absicht: „Es geht um eine Rückgewinnung des Konflikts, um Konfrontationen, durch die sich die Subjekte dem Staat entziehen und eigene Kollektive bilden können“ (11).

Den ersten grundlegenden Beitrag hat *Jan Weyand* mit seinem diskussionswürdigen Text *Souveränität und Legitimation. Ein Essay über das Verschwinden des Politischen in der Kritischen Theorie* (13-42) vorgelegt. Weyands Ausgangspunkt ist die Diagnose, dass das Politische der „blinde Fleck“ (13) in der kritischen Theorie seit Marx sei und dass dieses Fehlen eines adäquaten Politikbegriffs kein Zufall ist, sondern dem ökonomischen Funktionalismus entspringe. Um dies zu verdeutlichen macht Weyand sich in einem ersten Schritt zu einem informativen Rundgang durch die politische Ideengeschichte auf, bei welchem die mehrdeutigen Begriffe Souveränität und Legitimation (14-27) historisch versiert erläutert werden. Als entscheidend für die weitere Argumentation stellt Weyand die Ambivalenz des Begriffs der Souveränität heraus: einerseits Inbegriff der Macht der herrschenden Staatsgewalt zu sein, andererseits für die „Autonomie“ (25) im Sinne der Volkssouveränität/Selbstregierung zu stehen, welche das Politische darstelle. Aus diesen beiden Begriffen der Souveränität ergeben sich, so Weyands zentrale Schlussfolgerung, zwei differente Begriffe des Politischen: einer der auf die „Staatsgewalt“ als den „eigentlichen“ Ort der Politik abzielt, ein anderer der die „Selbstorganisation des Zusammenlebens“ (17) thematisiert. Letzteres sei dem Marxismus aufgrund seines funktionalen Begriffs des Politischen (27-33) unbekannt. Wie der Staat hier lediglich eine Funktion der Ökonomie sei, so werde Politik nur als „Durchsetzung der Herrschaft“ (29) begriffen. Das Politische als autonome Selbstgesetzgebung spiele keine Rolle. Freiheit als kollektive Souveränität gebe es hier so wenig wie im Liberalismus. Politische Freiheit werde daher auch bei Marx einer konsequenten „Privatisierung“ und „Entpolitisierung“ (30) unterworfen, so dass an die Stelle kollektiver Selbstregierung nicht zufällig die bürokratische Verwaltung der Gesellschaft trete: „Ich halte an dieser Stelle fest, dass die Auffassung, das Politische verschwinde mit dem Ende der Klassenherrschaft, eine zwingende Folge der funktionalen Konzeption des Politischen bei Marx und Engels ist, nach der dem Politischen keine eigenständige Rolle bei der Selbstorganisation des gesellschaftlichen Lebens zukommt.“ (31). Instrumentelle und technokratische Politik, wie aus dem real-existierenden Sozialismus bekannt, seien daher durchaus hier schon angelegt. Primär an den Schriften von Horkheimer, Adorno, Pollock und Neumann (33-40), deren „herausragenden Leistungen“ (36) der Autor durchaus seinen informativen Tribut zollt (z.B. in Hinblick auf die Autoritarismusforschung und die Probleme der

1 Rezension zu jour fixe initiative berlin (Hg.): *Souveränitäten. Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen*, Münster 2010.

Legitimation von Herrschaft), wird die Erbschaft des funktionalen Politikbegriffs aufgezeigt, die auch in der knappen, aber treffend skizzierten Diskussion über Politik vs. Ökonomie als Primat (36-39) nicht erkannt, geschweige denn angegangen wurde. In der leninistischen Racketlinie von Pollock, Horkheimer und Adorno wurde zudem ein Weg eingeschlagen, der die marxsche „konsistente[n] Theorie der kapitalistischen Produktionsweise verabschiedet“ (41).

Da auch ich die „Repolitisierung des Politischen“ (41) als zentrale Aufgabe der gegenwärtigen kritischen Theorie ansehe, kann ich mir wenige, kurze Anmerkungen zu Weyands wichtigen Text nicht verkneifen: (a) Die Diskussion des marxschen Politikbegriffs ist in sich schlüssig und benennt die richtigen Probleme. Dies allerdings auch weil Wesentliches übergangen wird. Marx wird in seiner exoterischen Form genommen und der (nicht-funktionalistische) politik- und staats-theoretische Gehalt der *Kritik der politischen Ökonomie* übergangen. (b) Ebenfalls unberücksichtigt bleiben Marx' zentrale politische Leitgedanken: die Arbeiterselbstbefreiung und die rätedemokratische Selbstregierung. Es wäre zu klären, ob hier nicht zumindest Momente eines Begriff des Politischen anwesend sind, die „Freiheit“ im Sinne „kollektiver Selbstbestimmung“ (41) zu begreifen erlauben. (c) In Anschluss an die Diskussionen der Philosophie der radikalen Demokratie wäre zwischen der Politik und dem Politischen zu differenzieren. Eine materialistische Theorie und Philosophie hätte beide Aspekte zu reflektieren: also Souveränität als Herrschaft/Politik (des Staates) und als Inbegriff kollektiver Autonomie/das Politische. M.E. ist Marx hierfür durchaus der richtige Ausgangspunkt, wie etwa die überaus problematischen Polit-Ontologien des Postmarxismus belegen.

Auf den wichtigen Beitrag von Weyand folgt der nicht lesenwerte, zum Teil konfuse Aufsatz *Souveränitäten, Nationen, Empire* (43-56) von *Daniel Bensaid*. Der Autor zerbricht sich auf umständliche Art und Weise den Kopf darüber, wie eine „neue Definition des Volkes“ (50) angesichts der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation von Zeiten und Räumen aussehen könnte. Es wird ein „Internationalismus“ propagiert, dessen Globalisierungskritik und politischer Volksbegriff zwar gegen „identitäre, nationalistische und xenophobe“ Regressionen gerichtet ist, deren legitimer „Feind“ aber das „transnationale[n] Kapital“ (53) darstelle, welches nicht zu letzt den guten alten Sozialstaat als „Garanten von Solidaritäten“ (55) zersetze. Der Autor verrät sich eigentlich schon am Anfang selbst, wenn er im Kontext der kursorischen Diskussion verschiedener Theorien des Gegenwartskapitalismus (bes. D. Harvey und E. M. Wood) bekundet, dass fundamentale theoretische „Unterschiede in der Analyse [...] belanglos“ wirkten, wären mit ihnen nicht „verschiedene Praktiken“ (45) verbunden. Das unbedingte Eigenrecht wissenschaftlicher Analyse wird instrumentalistisch zugunsten einer fragwürdigen Praxis aufgeben.

Glücklicherweise ist der Beitrag von Bensaid der einzige Ausfall des Bandes, der mit dem Aufsatz *Nuancen. Zur Inkommensurabilität kommunistischer Politik in der Revolutionsdebatte zwischen Kautsky, Lenin und Trotzki* (57-83) von *Bini Adamczak* wieder Kurs aufnimmt. Adamczak stellt in ihrem gelungenen Essay vermittelt der weitestgehend vergessenen, dennoch aber „am prominentesten besetzten Debatte“ (57) um die Oktoberrevolution, die sich zwischen Lenin und Trotzki auf der einen und Kautsky auf der anderen Seite abspielte, die revolutionstheoretische Gretchenfrage: ob „die Revolution von den Regeln jener Realpolitik heimgesucht“ wird, „zu deren Überwindung sie gerade angetreten war?“ (62). Adamczak vermag aufzuzeigen, in welchem Maße Kautskys – fraglos evolutionistisch-deterministische, fortschrittsgläubige – Kritik, „gruselig präzise“ (66) die Entartung der Revolution erkannte und prognostizierte. Lenins und Trotzki's Anti-Kritiken hingegen erweisen sich als in weiten Teilen hetzerische Polemiken. Lenins und Trotzki's vermeintlich ultra-realistische Verteidigung von Diktatur, Terror und (Kriegs)Gewalt als effektive und legitime Mittel der Emanzipation ist für Adamczak nicht einfach den Nöten der Revolution, sondern einem prekären „Modus der Kritik“ (80) geschuldet, der den Schein der Dinge und Verhältnisse als bloßen Trug denunziert und dessen Wesen daher offen benannt und verwirklicht wissen will: „Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die sich als Demokratie verkleidet, zeigt

sich der proletarische Zwang nackt.“ (80). Von daher sei die bolschewistische Konsequenz, an die Stelle von „Heuchelei“ die „Ehrlichkeit“ zu setzen, folgerichtig: die einzige formelle Differenz zur Politik der Konterrevolution war, dass die „Indifferenz“ (77) in Bezug auf die Form offen benannt wurde. Die Verpflichtung auf politische Indifferenz bezüglich von Gewalt und Terror einerseits, und Kautskys fatalistische, aus den Bedingungen der Gegenwart hergeleitete Negation kommunistischer Autonomie andererseits, lässt die Autorin für die „Inkommensurabilität kommunistischer mit antikommunistischer Politik“ (72) als Antwort auf die Ausgangsfrage plädieren. Kommunistische Politik müsse sich einer „Metatheorie der Politik“ (72) entziehen und letztlich „außerhalb der bisherigen“ (73) Geschichte und Politik von statten gehen. Adamczak erkennt und benennt hellsichtig die Probleme der Revolution. Eine überzeugende Antwort, so fern es diese in abstrakter Form überhaupt geben kann, scheint mir dies allerdings nicht zu sein: Die Frage ist doch genau die, wie man vom Boden der Herrschaft aus, in das ‚Reich der Freiheit‘ kommt. Dieses Reich *abstrakt* als Raum kommunistischer Politik zu setzen oder zu beschwören, ist keine Lösung des Problems, sondern Ausdruck desselben, was die Autorin eigentlich weiß, wie aus den von ihr benannten Schwierigkeiten einer Kritik der gescheiterten Revolution (80f.) hervorgeht.

Michael Koltan nimmt sich, ausgehend von der immer wieder geforderten Reaktualisierung von Lenins politischer Geste, sodann der wohl furiosesten Schrift des russischen Revolutionärs an: *Lenins Staat und Revolution* (85-106). Der Autor situiert zuerst Lenins Schrift in den zentralen historischen Erfahrungen, die dieser vorausgehen und sie konstituieren: Das Scheitern der Revolution von 1905, das für Lenin auf ein nie zu wiederholendes Bündnis „mit den besitzenden Klassen“ (88) zurückging (a), das totale Versagen der internationalen Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg, welches dem Verrat der Führer angelastet wurde (b) und schließlich die Februarrevolution, in der die Soldaten, Bauern und Arbeiter das treibende Element waren, welches viel radikaler agierte als die provisorische Regierung und nach entsprechender Führung verlangte (c). Koltan betont, dass die Schrift primär gegen die „führenden marxistischen Theoretiker der Sozialdemokratie“ gerichtet ist, deren Versagen in der „Frage des Krieges“ (93) mit der in Bezug auf die Notwendigkeit der Revolution korrespondiert. Lenins Schrift ist daher Teil jener „Spaltung der Arbeiterbewegung“, der fraglos „welthistorische Relevanz“ (93) zukommt. Im Zentrum von *Lenins Staat und Revolution* stehe daher trotz formaler Abwesenheit die Frage der Partei als Frage nach dem angemessenen Organisationskonzept der Revolution. Dieses ist, wie Koltan ausführt, bei Lenin durch zwei Axiome geprägt: Die notwendige Führungsrolle der Partei und die Diktatur des Proletariats als rätedemokratische Diktatur. Koltan insistiert dabei auf zwei schnell vergessenen Tatsachen. Zum einen, dass die Diktatur des Proletariats nicht einfach einem „autoritäre[n] Utopismus“ entsprang, sondern die „theoretische Anerkennung der realen Situation“ (99) darstellte, zum anderen, dass Lenin ganz offen und unmissverständlich den Kommunismus auf dem Weg eines „revolutionären Bürgerkrieg[s]“ (97) erreichen wollte. Deutlich wird mithin, dass die Gewalt der Revolution keineswegs aus Lenins politischem Denken entspringt, wohl aber, dass dieses zu ihrer Explosion einen offensiven Beitrag leistete. Koltan rückt zu Recht die Führungsrolle der Partei in diesem blutigen Schauspiel in den Vordergrund. Sie *repräsentiere* nicht die wirkliche Bewegung, sondern *führe* sie qua höherer Einsicht in die Wahrheit der „allgemeinen Bewegungsgesetze“ (100) der Geschichte. Es ist die geschichtsphilosophisch grundierte Partei, die dem spontanen Aufstand der Räte revolutionäre und siegreiche Kontinuität verleiht. Was das Proletariat oder gar der Einzelne will, ist mithin nichtig gegenüber dem Wissen der Partei von der Notwendigkeit der Revolution, die entsprechend über alle Widerstände hinweg durchgeboxt wird: „Genau dies ist das Problem einer Partei, die die Massen nicht repräsentieren, sondern führen will. Sie bezieht sich zwecks Legitimation ihrer Führungsrolle auf eine objektive, gesellschaftliche Wahrheit und nicht auf das aktuelle Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder“ (106). Koltans Ausführungen können weitestgehend überzeugen. Die Fragezeichen hinter gegenwärtigen Reanimationsversuchen Lenins hätten indessen noch dicker ausfallen können und müssen, wenn die frappanten staats- und demokratietheoretischen Defizite in *Staat und Revolution* dargestellt worden wären, die in Verbund mit der aufgezeigten Führungsrolle der Partei und ihrer geschichtsphilosophischen Fundierung

überaus folgerichtig in das brutale Scheitern des roten Oktobers involviert und *eine* wesentliche Quelle des späteren Staatsterrorismus waren.

Ingrid Artus geht in ihrem informativen Aufsatz *Prekäre Kämpfe. Herrschaft, Integration und Widerstand im Dienstleistungsbereich* (107-123) den politischen und ökonomischen Hintergründen des sog. Prekariats sowie seiner Subjekte und Widerstandsmöglichkeiten nach. Die Autorin zeigt kurz die zentralen Spezifika der „Flexploitation“ (109) prekärer Arbeit auf, und verweist auf den (leider nicht weiter vertieften) Zusammenhang des Abbaus sicherer Lohnarbeitsverhältnisse mit dem Aufbau des disziplinierenden „Sicherheitsstaates“: „Polizei und Gefängnis ergänzen Schule und Arbeitsamt“ (110). Im Zentrum der weiteren Ausführungen stehen sodann die erschwerten Bedingungen des Widerstandes, die in der universellen „Fragmentierung“ des Prekariats und in der „Machtasymmetrie“ (111) zwischen Kapital und Arbeit lokalisiert werden, und die zwischen offener „Repression“ und anti-klassenkämpferischer ideologischer „Vergemeinschaftung“ (114) changierenden Managementtechniken. In summa: üble Ausgangsbedingungen für kollektiven Widerstand, der, wenn er doch einmal in Gang kommt, in alter Tradition letztlich auf eine sich verallgemeinernde „Solidarität“ (122) angewiesen ist, welche die zumeist weiblichen, häufig einen migrantischen Hintergrund aufweisenden *working poor* nicht im Stich lässt. Zu den Produktionsbedingungen von Solidarität gehört bekanntlich Empörung. Trotz aller Einsicht in die Abgründe personalistischer Kapitalismuskritik und in die subjektlose Logik der Verwertung wurde diese während der Lektüre von Artus' stringenten Ausführungen bei mir jedenfalls geweckt – nicht das Schlechteste für einen wissenschaftlichen Aufsatz.

Bob Jessops theoretisch avancierter Beitrag *Was kommt nach dem Neoliberalismus* (125-146) geht dann auf das große Ganze: den kapitalistischen Weltmarkt und die ‚ökologische Dominanz‘ des neo-liberalen Kapitalismus. Jessops mit reichlich systemtheoretischem Vokabular aufgepimpte Ausführungen stellen eine Gegenwartsdiagnose in Bezug auf den Weltmarkt und die Zukunft des Neoliberalismus dar, den er nicht verschwinden, sondern sich restrukturieren sieht. Der Autor nimmt hierfür zuerst eine kurze „Typologie des Neoliberalismus“ (126) vor, die das schwammige *buzzword* seziiert. Im Folgenden analysiert Jessop dann die Kraftquellen des Neoliberalismus, wobei auf differenzierte theoretische Konzeptionalisierungen zurückgegriffen wird, welche die verschiedenen Stufen „ökonomischer Determinierung“ und die Formen der „Klassenherrschaft“ (135) eruiert. Diese theoretischen Grundlegungen werden sodann weiter ausgeführt, um „die Faktoren, welche die ökologische Dominanz des Kapitalverhältnisses begünstigen“ (136), darzulegen. Mit dem Begriff der ökologischen Dominanz des (neoliberalen) Kapitalverhältnisses und der diese genierenden Faktoren, ist der Versuch bezeichnet, die besondere Kraft der Ökonomie zu erfassen, sich als dominantes soziales Subsystem zu etablieren, das auf seine Umwelt sehr viel stärker einwirkt als dies anderen sozialen Systemen möglich ist. In Bezug auf die Dynamik und Struktur des Weltmarktes sei genau dies evidenterweise der Fall. Die neoliberale Politik forciere diese Dominanz und mit ihr, so Jessops wesentliche These, aber auch die „Widersprüche und Dilemmata“ (142), die auf Weltmarktebene sich reproduzieren und so erst richtig Fahrt (in der Krise) aufnehmen. Jessops elaborierte Analyse weiß zu überzeugen. Seine begrifflichen Differenzierungen in Bezug auf die ökonomische Determination und die Klassenherrschaft sind genau so zu begrüßen und weiter auszuführen, wie seine schon länger verfolgte Strategie², mit den Analyseinstrumentarien der Systemtheorie Einsichten wie Probleme der materialistischen Staats- und Kapitalismustheorie zu reartikulieren. Allerdings bin ich der Ansicht, dass diesbezüglich noch erhebliche Übersetzungsarbeit zu leisten ist (zu der auch notwendige Kritik an Luhmann gehören würde). Allen Unkenrufen zum Trotz wäre es m.E. nach wie vor am sinnvollsten, wenn hierzu auch auf die Reflexionsleistungen der (hegelschen) Dialektik zurückgegriffen werden würde.

2 Vgl etwa Jessop, Bob: Zur Relevanz von Luhmanns Systemtheorie und von Laclau und Mouffes Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie, in Hirsch, Joachim u.a. (Hg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden 2008, S. 157-179.

Alain Brossat geht in seinem Text *Die Regierung der Zermürbung* (147-158) sodann den herrschenden und beherrschten Subjekten des Staates nach. Seine Diagnose in Bezug auf die Regierungsdispositive der Gegenwart lautet, dass diese darauf abzielen, das Leben der Einzelnen „ausschließlich“ an die „soziale und ökonomische Dimension der Existenz“ (148) zu fesseln, damit dieses jeglicher selbst bestimmter, freier Zeit beraubt wird. Diese sei letztlich nämlich, was die Regierenden gelernt haben, immer der Grund für Widerstand und „Unregierbarkeit“ (150). Um die Möglichkeit derselben auszuschließen, haben die Regierenden ganz bewusst das Regierungsdispositiv des organisierten Mangels entworfen, welches die Regierten an die Lohnarbeit bindet und ihr anarchisches Begehren zerstört. Politische inszenierte „Angst und die Legitimierung des Mangels“ (152) im Angesicht objektiven Überflusses sind daher die basalen Konstituentien der gegenwärtigen Gouvernamentalität. Die Regierung der Zermürbung betreibt also gewollt eine Politik der „Lebensverhinderung“ (154), indem sie qua Produktion von Angst und Mangel die Möglichkeit widerständiger Subjektivität systematisch zerstört. Brossat spricht daher von der „Bösartigkeit der Regierenden“ und des „Staats“ (155) als einem „Element einer Rationalität“ (156) der Gouvernamentalität, die sich um das Leben der Subjekte kümmert, um es zu „verpfuschen“ (157) – und zwar im Dienst der Aufrechterhaltung der Herrschaft. Hinter Brossats Diagnose sind sicherlich Fragezeichen zu setzen. Sie ist arg politizistisch und mit der Kategorie der Bösartigkeit ist m.E. auch nicht viel gewonnen. Die anklingende Verherrlichung einer unmittelbaren Widerständigkeit der Regierten ist zudem nicht vor revolutions-romantischen Kitsch gefeit. Nichtsdestotrotz benennt Brossat Tendenzen der Gegenwart, die allerdings besser zu entschlüsseln wären, wenn man sie etwa mit sozial-theoretischen und polit-ökonomischen Analysen, wie sie bei Jessop formuliert sind, verbinden würde. Hier besteht nach wie vor (wie in der entsprechenden Marx-Foucault-Debatte) Vermittlungsbedarf, um den Zusammenhang von Staatsmaschinen und Staatsmenschen besser zu durchleuchten.

Mit seinem Aufsatz *But who protects us from you? Zur kritischen Theorie der Polizei* (159-178) hat *Daniel Loick* einen wirklich spannenden Beitrag abgeliefert. Primär mit Walter Benjamins brisanten Aufsatz *Zur Kritik der Gewalt* im Gepäck, rückt der Autor zu einer radikalen Kritik der Polizei aus. Die Polizei wird als (nicht nur) philosophisch kaum hinterfragte und von den Sozialwissenschaften wenig belästigte moderne Institution vorgestellt, deren Essenz primär in der letztlich gewaltsamen Rechtsdurchsetzung besteht: „die Polizei verschafft dem Recht Materialität“ und vermittelt „zwischen Souverän und Untertan“ (161). Auch wenn die Polizei hierbei eigentlich „nur Mittel“ (161) sein soll, ist es doch ihrem (auch noch so demokratisierten) ‚Wesen‘ eingeschrieben, nicht nur Recht zu erhalten/vollziehen, sondern auch zu setzen. Dabei geht es nicht um Polizeiübergriffe als Ausnahme, deren Nährboden die spezifische psycho-soziale Disposition der Polizisten ist, sondern um ein grundsätzlicheres Problem. Im konkreten Fall vollzieht die Polizei nicht nur das abstrakte Recht, sondern interpretiert und setzt dieses auch: „Latenz des Ausnahmezustandes innerhalb der Regel“ (165), da es letztlich willkürliche Gewalt ist, welche das Recht aktualisiert. Diese in der Polizei in Erscheinung tretende *notwendige* Verbindung von Recht und Gewalt, hinterfragt der Autor sodann in seinen abschließenden Ausführungen zu „Recht und Gerechtigkeit ohne Polizei“ (167). Mit Benjamin geht es Loick einerseits primär um eine „transzendente Zurückweisung der Zweck-Mittel-Relation auf dem Gebiet der Moral und Politik“ (167), was auf eine Hinterfragung der „Konsubstanzialität von Recht und Gewalt“ (168) hinausläuft, und andererseits um eine Inspektion der Möglichkeit einer Politik der reinen Mittel, d.h. „rein von Gewalt“ (169). An die Stelle von Recht/Gewalt träte Gerechtigkeit: „Eine Gesellschaft ohne Polizei ist noch nicht automatisch eine freie Gesellschaft. Aber die Gesellschaft wird so lange nicht frei sein, so lange sie sich vorbehält, ihre Mitglieder (oder ihre Gäste) zu bestrafen oder zu disziplinieren, zu segregieren oder zu exkludieren, zu dirigieren oder zu exploizieren. All diese Maßnahmen umfasst aber der Begriff der Polizei irreduzibel“ (178), wie der Autor abschließend konstatiert. Es ist hier nicht möglich, die bedenkens- wie begrüßenswerten Ausführungen von Loick zu diskutieren. Angemerkt sei allein, dass Benjamin in seinem ebenfalls höchst diskutablen Aufsatz auch auf die „reine unmittelbare“ „revolutionäre Gewalt“ zu sprechen

kommt. Hiermit ergibt sich eine Schnittmenge mit den Problemen, die Adamczak in ihrem Aufsatz traktiert: die Frage nach den sozialen und politischen Bewegungsformen einer herrschafts- und gewaltlosen Gesellschaft steht in unmittelbarem Kontext mit der Frage der Möglichkeit der (revolutionären) Überwindung der Vorgeschichte. Beides sollte dringend zusammen diskutiert werden.

Abschließend wendet sich *Ulrich Bröckling* mit seinem Aufsatz *Eine andere Souveränität. Widerstände im kybernetischen Kapitalismus* (179-199) den paradoxen Bedingungen von Widerstand und Kritik unter den Bedingungen des Gegenwartskapitalismus zu. In Zeiten der Regierungstechnik der Universalisierung der „Figur des unternehmerischen Selbst“ als dem „zeitgenössischen Modus der Subjektivierung“ (180), sei, so die Zentralthese des Autors, die Möglichkeit von Kritik und Widerstand einem prinzipiellen Paradoxon ausgesetzt: Da das unternehmerische Selbst Merkmale wie „Differenz“, „Einzigartigkeit“ (181) sowie den permanenten Bruch mit eingerosteten „Normen“ (182) affirmiere, werde Kritik selbst eine „höhere Form der Affirmation“ (183). Wie kann man in Zeiten des verallgemeinerten „Nonkonformismus“ kritisch sein, wie ist ein „Anders-anders-Sein“ (183) noch möglich, lautet daher die Frage. Bröcklings Antwort ist nicht die „Gegenkraft“ oder ein detailliertes „Alternativprogramm“, sondern das souveräne „Außerkräftsetzen“ (185) durch die freie Wahl der „Indifferenz“ und „Nutzlosigkeit“. Das „wäre *erstens* eine Kritik ohne Standpunkt, *zweitens* eine Kritik ohne Avantgardeanspruch und *drittens* eine Kritik ohne Feier des Uneindeutigen“ (184), wie der Autor, von leninistischen und poststrukturalistischen Ansätzen sich gleichermaßen absetzend, konstatiert. Eine solche „Kritik als Problematisierung“ (188) exemplifiziert Bröckling abschließend am Beispiel einer popkulturellen, mehr oder weniger reflektierten direkten und bargeldlosen Aneignung und Umverteilung der kapitalistischen Warensammlung. Bröckling sieht in der postmodernen Form des proletarischen Einkaufens einen gelungenen Versuch die „fraglose Ordnung der Dinge zu irritieren, die Dinge in Unordnung zu bringen oder sie anders anzuordnen“ (198). Auch wenn Bröckling prägnant die absolute Absorptionsfähigkeit des Systems und die selten intendierten Effekte von Kritik und Protest benennt, scheint mir sein eigener Vorschlag souveräner (Nicht)Kritik am Ende vor den eruierten Fallstricken ebenfalls nicht bewahrt zu sein. Die eigene Harmlosigkeit wird ehrlich benannt, und die Kritik an simplifizierenden Alternativen durchaus einleuchtend dargelegt. Einen Ersatz für eine (noch so marginale) radikale Kritik stellt dies aber nicht dar.

Alles in allem sind die Beiträge des Sammelbandes sehr lesenswert. Gerade die Heterogenität der Perspektiven und des traktierten Stoffes macht die Lektüre zu einem Gewinn, auch wenn der in der Einleitung skizzierte eigene Erkenntnisanspruch – insbesondere der Vermittlung von Staatsmaschine und Staatsmensch – sicherlich nur rudimentär eingelöst wird. Bleibende Aufgabe ist es daher nach wie vor, die verschiedenen Ansichten und Fragestellungen in eine wirkliche Diskussion zu bringen, welche die Dimensionen staatlicher Herrschaft in der Gegenwart, die Regierungstechniken zur Produktion affirmativer Subjektivität sowie die Möglichkeiten antagonistischer Kritik stärker aufeinander bezieht.

Hendrik Wallat